

gen zu mäßigen, sondern ihn mittel- oder langfristig *durch den Sozialismus zu ersetzen*.

Wenn ausländische Sozialisten die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichungen bezweifeln, wird ihnen entgegengehalten, daß sie einer französischen Tradition entsprechen und deswegen auch von der öffentlichen Meinung ohne Schwierigkeiten hingenommen werden. Nur führte diese Tradition, die auf Colbert und seinen Staatskapitalismus zurückgeht, zur Abkapselung der französischen Wirtschaft und zu ihrem Niedergang. Die Überwindung dieses Colbertismus war das stetige Bemühen der IV. und V. Republik bis zum Sieg Mitterrands.

Gegenseitige Abhängigkeit

Die *Kommunisten* fühlen sich seit Jahrzehnten verpflichtet, ihre Moskautreue durch ein betont nationales und mitunter ausgesprochen nationalistisches Verhalten zu überdecken oder zu kompensieren. Während des Zweiten Weltkriegs folgte auf die Billigung des Paktes Hitler–Stalin ihre sehr aktive Beteiligung an der Widerstandsbewegung, dies allerdings weitgehend im Alleingang und nicht selten in Rivalität mit anderen Gruppen. Von dieser doppelten Taktik sind sie bisher nie abgewichen. Die *ideologische Abhängigkeit vom sowjetischen Modell* verbindet sich mit dem ständigen Ruf nach *nationaler Unabhängigkeit*. In deren Namen unterstützen sie die Kernkraft und die atomare Rüstung. Über die Gründe ihrer engen Verbindung mit Moskau wurde viel geschrieben. Wahrscheinlich ist ihr eigenes ideologisches Fundament für den Verzicht auf die sowjetische Rückendeckung zu schwach. Sie würden sich von den Sozialisten zu wenig unterscheiden, wenn sie sich mit den Ideen der Revolution von 1789 begnügten. Daher benötigen sie das sowjetische Modell, das für sie ein Leitstern auf dem Wege zum Sozialismus ist.

Schließlich besteht zwischen Sozialismus und Kommunismus in Frankreich eine *gegenseitige Abhängigkeit*, die nicht allein ihre Taktik beeinflusst, sondern teilweise auch ihr politisches Gedankengut. Sie bewegen sich in einem widerspruchsvollen Kräftefeld, dessen Pole der Konkurrenzkampf um die Vorrangstellung in der Linken und das Streben nach Wiederherstellung der 1920 verlorenen Einheit der französischen Arbeiterbewegung sind. Die beiden Pole verpflichten die Kommunisten zur permanenten taktischen Unehrllichkeit, indem sie moskautreue und revolutionäre Forderungen zurückstellen, die Sozialisten dagegen zur Verleugnung ihrer an sich stark vorhandenen sozialdemokratischen Neigung, weil sie den Wählern, die sie den Kommunisten wegnehmen wollen, einen kernigere Sozialismus anbieten müssen und ein vorübergehender Regierungskompromiß mit den Kommunisten auf sozialdemokratischer Ebene unmöglich erscheint: Vieles spricht dafür, daß Mitterrand vier Kommunisten in seine Regierung aufnahm, um zu beweisen, daß er kein Sozialdemokrat ist. Keine der beiden Bewegungen ist jedoch gewillt, der anderen ihre Seele zu verkaufen. Gelegentliche Brückenschläge ändern nichts an der zwischen ihnen verbleibenden Kluft mit ihrem Treibhaus des gegenseitigen Mißtrauens.

Alfred Frisch

Literaturhinweise:

François Mitterrand: Ici et Maintenant, Fayard, 1980

François Mitterrand: Politique 1 und 2, Fayard, 1977 und 1982

Thierry Pfister: Les Socialistes, Albin Michel, 1977

Jean Touchard: La Gauche en France depuis 1900, Collection Points, Editions du Seuil

Claude Willard: La naissance des partis ouvriers français, Editions Sociales, 1982

Jean-François Sedouy: Voyage à l'intérieur du parti communiste, Editions du Seuil, 1974

Jean Poperey: La Gauche française (1958–1965), Fayard 1972.

In Bürokratie erstarrtes Imperium

Die Sowjetunion am Ende der Ära Breschnew

Die Ära Breschnew – bis über die Mitte der siebziger Jahre eine der erfolgreichsten und politisch stabilsten Abschnitte der sowjetischen Geschichte – geht ihrem Ende zu. Am 25. Januar dieses Jahres starb *Michail Suslow*, Chefideologe und graue Eminenz der „kollektiven Führung“, die im Oktober 1964 Chruschtschow ablöste. Ministerpräsident Kosygin, der leitende Verwaltungs- und Wirtschaftsexperte des Politbüros, und als Sprecher der Außen- und Sicherheitspolitik bis 1971 auch der eigentliche geistige Vater der Koexistenzpolitik, starb ein Jahr zuvor. Breschnew selbst, dessen Gesundheit schon seit Ende 1974 offenkundig labil geworden ist, mußte nach seinem Auftritt auf dem Gewerkschaftskongreß im März und in Taschkent am 25. März hospitalisiert werden, ja es

gab bereits Gerüchte über seinen vermeintlichen Tod. Inzwischen mehren sich aus der Sowjetunion Nachrichten, wie sie für heimliche Nachfolgekämpfe typisch sind: Korruptionsaffären, in die Mitglieder der Familie des Parteichefs verstrickt sein sollen; äsopische Kritik am Alter der Führung und speziell des „ersten Mannes“, dessen Gebrechlichkeit und mangelnde Konzentrationsfähigkeit allzu ungeschminkt im Fernsehen gezeigt werden; Profilierungsversuche hoffnungsvoller Nachfolgekandidaten – vor allem von *Konstantin Tschermenko*, ZK-Sekretär und Leiter der „Allgemeinen Abteilung“ (der „Kanzlei“ des Politbüros) – und Rückschläge anderer. Zur letzteren zählt der aus institutioneller Sicht augenscheinlichste Kandidat, der „dritte“ Sekretär *Andrej P. Kirilenko*.

Denn bis heute ist die Nachfolge im Sowjetregime nicht voll geregelt. Breschnew hat ganz bewußt keinen „Kronprinzen“ gefördert. Das könnte schwerwiegende Folgen haben. Ist doch dieses so „regierungsintensive“ Regime stets entscheidend vom ganz persönlichen Stil seiner Führer geprägt worden.

Entscheidungsverhalten erstaunlich gleich geblieben

Zugleich hat sich mit zunehmender Konsolidierung des Systems auch die Macht der „entropischen Infrastruktur“, also in erster Linie die der großen Apparate, verstärkt und den Spielraum für politischen Voluntarismus in immer engere Grenzen verwiesen. Ja, in der Innenpolitik scheint mittlerweile die bloße Handlungsfähigkeit der Führung zum Problem geworden zu sein. Andererseits aber weisen zahlreiche Symptome auf eine mögliche Krise in den achtziger Jahren: Im Innern treffen eine ganze Reihe kritischer Probleme zusammen, die es womöglich nicht länger erlauben, *Grundsatzentscheidungen* auch künftig auszuweichen.

Dabei hat die Sowjetunion mit ihrem seit Mitte der siebziger Jahre eskalierenden Imperialismus in der Dritten Welt – der offenbar nicht zuletzt als bewußter Ersatz für mangelnde Dynamik im Innern diente – eine erneute Konfrontation mit der andern Supermacht und einen *neuen Rüstungswettlauf* heraufbeschworen, in dem sich, wie sowjetische ZK-Funktionäre kürzlich bemerkten, beide Seiten „weißbluten“ könnten.

Wie wird das Regime auf diese neuen Herausforderungen reagieren? Droht etwa ein „1939“, wie manche amerikanische Beobachter fürchten, die sich durch die sowjetische Militärintervention in Afghanistan an Hitlers Weltoberungspläne erinnert fühlen? Oder ein „1914“, ein Weltkonflikt, in den die um ihre Glaubwürdigkeit und Machtpositionen besorgten Supermächte „hineinschliddern“? Ist eine erneute Selbstisolierung des Systems denkbar im Zeichen des wiedererstarkten Nationalismus? Oder gar der Sprung in große Reformen?

Natürlich läßt sich die sowjetische Politik nicht genau vorhersagen. Sie wird nicht nur von sowjetischen Entscheidungen und Entwicklungen, sondern auch von der Weltpolitik abhängen. Immerhin läßt sich der Bereich des Wahrscheinlichen näher präzisieren. Das sowjetische *Entscheidungsverhalten* ist bislang im Grunde erstaunlich gleich geblieben – ein Reflex der Kontinuität der sowjetischen Schlüsselinstitutionen. Auch eine ganz neue Führung kann nicht die Grundlinien dieser Politik und vor allem nicht die Erfordernisse der Systemerhaltung aus den Augen verlieren. Eine Analyse der Ära Breschnew und ihres Platzes in der sowjetischen Geschichte ist insofern eine Grundvoraussetzung jeglicher „informierter Spekulation“ auch über die Zukunft.

Das Regime von Chruschtschows Nachfolgern – Breschnew wurde erst zwischen 1971 und 1973 anerkannter „pri-

mus inter pares“ – begann zunächst als Reaktion auf den „Voluntarismus“, „Subjektivismus“, die „hirnverbrannten Projekte“ und den zunehmenden Nepotismus seines Vorgängers: ein coup im Namen von mehr bürokratischer Regularität, eine „revolution of the clerks“ (*Zbigniew Brzezinski*).

Chruschtschow, in seinem Drang das stalinistische System zu „redynamisieren“, hatte sich schnell und geradezu systematisch all die mächtigen Apparate zu Feinden gemacht: Sicherheitsorgane, Wirtschaftsverwaltung, Militärs und Partei. Der neue Parteichef Breschnew optierte für eine andere Strategie. Statt der Dauerkonflikte mit den Bürokratien und Chruschtschows Überrumpelungstaktiken suchte er die Kooperation und den Interessenausgleich. Dieser Stil entsprach nicht zuletzt politischen Notwendigkeiten: Begann doch das neue Regime nolensvolens mit der Restauration der alten, „stalinistischen“ Strukturen.

Gewachsener Einfluß des Militärs

Bereits im November 1964 wurde der zwei Jahre zuvor von Chruschtschow in einen industriellen und einen landwirtschaftlichen Teil gesplante *Parteiapparat* wiedervereinigt – Grundvoraussetzung für den andauernden „Monismus“ bzw. Antipluralismus des Systems. Ausgehend von der von Chruschtschows Dezentralisierungsbestrebungen am wenigsten betroffenen *Rüstungsindustrie*, wurden bis September 1965 die zentralisierten Ministerien wiedereingeführt. Auf dem 23. Parteitag 1966 erhielt das oberste Führungsgremium der Partei seinen alten Namen „Politbüro“ zurück. (Stalin hatte es 1952 im Zuge seiner nahezu totalen Entmachtung in „Präsidium“ umgetauft.). Breschnew, inzwischen weitgehend Herr des Apparats, konnte wieder den symbolträchtigen Stalinschen Titel „Generalsekretär“ führen. Die von vielen Vertretern der Intelligencija gefürchtete Rehabilitierung Stalins selbst blieb jedoch aus: Kaum weniger riskant für das bürokratisierte System als eine wirkliche Liberalisierung müßte eine Rückkehr zu den Terrormethoden des alten Diktators sein.

Immerhin begannen seit Herbst 1965 auch die Sicherheitsorgane, sich im Kampf mit dem neuartigen Dissidentenproblem zu profilieren. 1967 wurde wieder ein Allunions-Polizei-Ministerium (von Chruschtschow aufgelöst) eingeführt, das MOOP, das im Zuge der Reaktion von 1968 seinen alten, ominösen Namen zurückerhielt: MWD („Ministerium für Innere Angelegenheiten“). Seit dem Sommer 1967 saß auch der neue KGB-Chef, *Juri Andropow*, als Kandidat mit beratender Stimme im Politbüro. 1973 wurde er sogar (zusammen mit dem Außen- und Verteidigungsminister) zum Vollmitglied befördert, wofür es nur den einen Präzedenzfall gab: Berija zur Zeit des Hochstalinismus. Allerdings blieb der KGB unter Parteikontrolle, und es wurde betont, er habe sich „kultivierter“ Methoden zu bedienen.

In konservativem Sinne wirkte auch der unverkennbar gewachsene Einfluß des Militärs, begünstigt durch die relative politische Führungsschwäche während des Interregnums und die Verschärfung des außenpolitischen Klimas, als im Februar 1965 die USA begannen, Truppen nach Vietnam zu schicken. Auch hatte der neue Parteichef Breschnew – ehemals Politoffizier, stellvertretender Leiter der Politischen Hauptverwaltung und ZK-Sekretär für Raumfahrt und Rüstung – bewußt seine Beziehungen zu diesem zweitmächtigsten Apparat des Sowjetregimes kultiviert. So setzten sich auf dem 23. Parteitag 1966 die traditionellen militärischen und sicherheitspolitischen Vorstellungen durch. General *Aleksej Alekseewitsch Jepsichew*, der Leiter der Politischen Hauptverwaltung, erklärte rundheraus, auch im Atomzeitalter sei die Clausewitz-Formel gültig, also der Krieg als Mittel der Politik.

Mit derartigen Argumenten sollte offenbar der heimlichen Anziehungskraft der modernen, von Zivilisten entwickelten amerikanischen Abschreckungsphilosophie entgegengetreten werden, für die sich schon Chruschtschow seit Anfang 1960 aufgeschlossen gezeigt hatte – eben im Interesse von Einsparungen im Militärwesen und einer erheblichen Kürzung des Landheeres. Bereits das *kubanische Raketenfiasko* (1962) hatte das traditionelle militärische Denken begünstigt, das die beste Abschreckung in der Fähigkeit sah, gegebenenfalls jeden Krieg führen und gewinnen zu können. Die Militärs nutzten dann die Niederlage von Moskaus arabischen Klienten im Nahostkrieg 1967, um ihre neue „internationale Mission“ herauszustellen – das Vorspiel zur Diplomatie der Macht in den siebziger Jahren. Mit dem *Wehrgesetz von 1967* (das offenkundig auch als bürokratische Friedensregelung angesichts knapper werdender Arbeitskräfte gedacht war) und der Einführung der militär-patriotischen Erziehung wurde das gesellschaftliche Gewicht der Armee als „Schule der Nation“ herausgestellt. Die Intervention in der Tschechoslowakei 1968 führte der Führung erneut die Schlüsselrolle des Militärs bei der Aufrechterhaltung des osteuropäischen Hegemonialbereichs vor Augen. Zugleich kam es hierüber zu ersten Spannungen in der neuen entente cordiale zwischen Partei- und Militärführung, die aber bis 1969 durch einen Kompromiß geregelt wurde: In jenem November liefen die SALT-Verhandlungen schließlich nach langer Pause an.

Die Militärführung stand der Idee eines Einfrierens des strategischen Gleichgewichts grundsätzlich ablehnend gegenüber, und auch die sich anbahnende Entspannung wurde mit größtem Mißtrauen gesehen. Seit Anfang der siebziger Jahre wurde die Feststellung, es sei schließlich die sowjetische militärische Macht gewesen, die den „Imperialismus“ zur Koexistenz gezwungen habe, zu einem Standardargument militärischer Sprecher. In den Worten Marschall Gretschkos hieß das: Je besser die Sowjetunion gerüstet sei, desto „ruhiger“ werde es auf der Welt. 1974 traten Ideologen und Militärs mit der *neuen Konzeption von nationalen und „bürgerlichen Befreiungskriegen“* hervor, wonach Moskau Revolutionen nicht nur in der Drit-

ten Welt, sondern auch in den Industrienationen militärische Unterstützung zukommen lassen könnte. Auf dem 25. Parteitag 1976 durfte sich der Verteidigungsminister nicht mehr zu Wort melden – etwas Neues. Er starb kurz darauf, und ohne das bereits übliche große Konzil der politischen mit der Militärführung wurde der Rüstungsminister *Dimitri Ustinow* zu Gretschkos Nachfolger ernannt. Zugleich wurde Breschnews Rolle als Vorsitzender im Verteidigungsrat und damit als Oberbefehlshaber herausgestellt. Es gibt zu denken, daß Generaloberst *Sredin*, der stellvertretende Leiter der Politischen Hauptverwaltung, der dieses neue Amt Breschnews in einem Aufsatz im „*Woennyj Westnik*“ im Oktober 1977 recht eigentlich publik machte, im letzten Oktober auf den weniger bedeutenden Posten des Leiters einer Militärakademie abgeschoben worden ist – vermutlich eine Revanche der Berufsoffiziere.

Ungeachtet des seit Gretschkos Tod wiederum betonten Primats der politischen Führung ist eine Art *Militarisierung der sowjetischen Gesellschaft und Politik* unter Breschnew unverkennbar. Die neue Weltmachtrolle der Sowjetunion seit Anfang der siebziger Jahre ist auf eine immer ausschließlicher militärische Grundlage gestellt worden. Es ist in erster Linie mittels Militärhilfe, daß die Sowjetunion ihren Einfluß in der Dritten Welt auszudehnen versucht hat. Sogar die seit 1975 gegen Westeuropa dislozierten SS-20 – womöglich eine „Entschädigung“ des Militärs für SALT – scheint vor allem als Druckmittel gedacht, um sich auch auf dem alten Kontinent die entscheidende Mitsprache zu sichern. Bedenkt man die ursprüngliche Furcht des Bolschewismus vor einem „Bonapartismus“, so gibt diese Entwicklung zu denken: der Aufstieg Jaruzelskis in Polen zeigt, wo dieser Weg einmal enden könnte.

Gescheiterte Revitalisierung der Partei

Das Dilemma der *mangelnden Anpassungsfähigkeit des bürokratisierten Systems an neue Gegebenheiten* zeigt sich am deutlichsten an der seit Dezember 1969 immer wieder betonten Notwendigkeit einer *Radikalreform der Staats- und Wirtschaftsverwaltung* und in der von Breschnew erwünschten Modernisierung der Parteiarbeit.

Im September 1965 setzte Kossygin eine Wirtschaftsreform zugunsten von mehr ökonomischen „Hebeln“ durch. Doch der neue Spielraum der Unternehmen wurde sehr schnell von der wiedererstarkten Wirtschaftsbürokratie sowie den Parteiorganisationen unterlaufen. Nicht nur, daß eine solche „Mischpolitik“ aus Plan und Markt die negativen Züge beider Welten kumulieren kann. Die Bürokratien fürchteten ganz entschieden um ihre Rolle, wie Breschnews Angriff auf den Glauben an „automatische Hebel“ auf dem Dezember-Plenum 1969 zeigt, als er vor einem „Technokratismus“ warnte, der die „pädagogischen Folgen“ von Reformen aus dem Blick verlöre. Doch

auch die von Breschnew und dem bürokratischen Denken bevorzugten Produktions- und Industrievereinigungen, eine Form vertikaler Integration nach dem Muster der Trusts der zwanziger Jahre (und der großen amerikanischen „corporations“), die auf Beschluß des April-Plenums von 1973 eingeführt werden sollten, kämpften sehr bald mit den gleichen bürokratischen Mächten. Im Juni 1979 wurde schließlich eine *Reform des Indikatorensystems* bekanntgegeben (die „normative Nettoproduktion“). Doch nur zu bald mahnte Breschnew wieder, nicht auch diesen Anlauf ins Leere stoßen zu lassen. Vor dem 26. Parteitag schloß er nur noch müde: Man müsse halt „weiterrufen“.

Auch die *Restauration des einen Parteiapparats* war wohl nicht nur als bloße Rückkehr zum Status quo ante gedacht. Ein Umtausch der Parteidokumente 1973–75 sollte den Funktionären vor Augen führen, daß es nicht nur „Vertrauen in die Kader“ gab, sondern auch „trebowatel'nost“, fordernde Strenge. Doch der Berg gebar eine Maus: der Ausschluß von ca. 1% der Mitglieder war alles andere als eine „Säuberung“.

Breschnew wünschte Funktionäre, die sowohl politisch loyal als auch kompetent und für alles Moderne aufgeschlossen sind. Dank umfangreicher Schulungsprogramme hat die „Professionalisierung“ des Apparats in der Tat Fortschritte gemacht. Weniger erfolgreich scheint der Versuch gewesen zu sein, mittels „Kooptation“ von Spezialisten frisches Blut in den Apparat selbst einzuschleusen, nach dem Muster der Innovationsstrategien großer westlicher Unternehmen. Dieser Apparat ist mit seinen mindestens 125 000 vollberuflichen Funktionären eine stattliche, konservative Bürokratie, die bei der Vorbereitung der politischen Entscheidungen sowie bei der Kontrolle ihrer Durchführung erheblichen Einfluß ausübt.

Breschnew – bestärkt durch den Umstand, daß dieser Apparat seine anfängliche Hauptmachtbasis war – wollte die *Partei* sogar zur treibenden Kraft der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ machen. Im stalinistischen System hat die Partei in der Tat eine Schlüsselrolle im Management gespielt: Neigen doch die großen Apparate zur Bildung möglichst autarker Imperien, so daß das Problem der horizontalen Kommunikation und Koordination schwerlich in den Griff zu bekommen war, ohne eine Organisation wie die Partei – die administrative Befehlswirtschaft einmal vorausgesetzt. Doch eine moderne Industrie, ja eine anbrechende „nachindustrielle“ Gesellschaft bedarf nicht der veralteten, „mechanistischen“, autoritären Leitungsmethoden der Partei, sondern, wie sowjetische Kybernetiker selbst betont haben, „objektiver Regelkreise“, „parametrischer“ Steuerung – der Funktion effektiver Preise. Dazu kommt noch, daß diese „zweite industrielle Revolution“ die Partei mit ihrem peinlichsten Legitimierungsproblem konfrontiert, da am Ende das „Proletariat“ auf jene paar Prozent der Gesellschaft zusammenschrumpfen müßte, die heute die amerikanischen Bauern ausmachen.

Ohnehin *fehlt es der Partei an sozialer Legitimation*, die in einer modernen, säkularen Gesellschaft letztlich nur auf der „öffentlichen Meinung“ basieren kann. Es herrscht die Nomenklatura, das von der Partei entwickelte System zur Kontrolle aller potentiell politisch bedeutsamen Posten, sie tut es im Dunkeln, hinter der Fassade scheindemokratischer Institutionen. Ist doch in Wirklichkeit die leninistische Partei gar keine gesellschaftliche Interessenvertretung gewesen – die Häresie des „Ökonomismus“ –, sondern eine Kampforganisation und Befehlsstruktur, also gar keine „Partei“ im ursprünglichen Sinne von „Parteien“, deren Hauptfunktion die Vermittlung gesellschaftlicher Bedürfnisse an die Regierung ist. Die *eine* „Partei“ dient der Kanalisierung zentral formulierter Entscheidungen an die Gesellschaft. Ihre Leistungen liegen auf dem Gebiet der „Mobilisierung“, der sozialen Kontrolle, also der Herrschaft. Mit diesen Methoden war allenfalls die erste industrielle Revolution zu forcieren, die stalinistische Art von „Wehrwirtschaft“ (O. Lange). Ihre Tauglichkeit für die weitere Modernisierung der Wirtschaft und des Systems muß heute sehr fragwürdig erscheinen.

Leninsche Versprechungen zurückgenommen

Alles, was Breschnew vermocht hat, ist ein verbessertes „social engineering“: die *Nutzung vor allem auch der Sozialwissenschaften als Herrschaftswissen*. So sollen in der UdSSR z. B. mittlerweile mehr Umfragen durchgeführt worden sein als selbst in den USA, der Heimat der Demoskopie. 1978 wurde zu diesem Zweck sogar eine besondere Abteilung beim ZK eingerichtet. Jedenfalls scheint die Führung mittlerweile ihres Grunddilemmas gewahr geworden zu sein: Mit der *Ausschaltung einer wirklichen Öffentlichkeit* hat sie sich zugleich ihren Bürokratien, deren Vorstellungen, Interessen und Verfahrensweisen ausgeliefert. Gegen Bürokratismus gibt es nur eine Medizin: Legalität und Öffentlichkeit. Das steht dahinter, wenn sogar Breschnew heute nach mehr „glasnost“, mehr *Transparenz* und *Öffentlichkeit* ruft, und es sogar den Bürgern ermöglicht werden soll, Amtspersonen, die ihre Kompetenzen mißbrauchen, vor Gericht zu zitieren. Einen radikalen Vorstoß hat Breschnew nur im *Bereich der Ideologie* versucht, als er auf dem November-Plenum 1978 die Arbeit des *gesamten* Propaganda-Apparats kritisierte – das war Neues. Diese Propaganda, so meinte der Parteichef, böte weder „Herz noch Verstand“ etwas. Sie ist aber vor allem nicht konkurrenzfähig mit dem internationalen Nachrichtenwesen. Schon 1974 gab es in der Sowjetunion fast 60 Millionen Kurzwellenempfänger, und heute droht die Satellitentechnik mit einer Revolution in den Medien und damit dem faktischen Ende jeder kontrollierten Informations- und Zensurpolitik.

Die Ära Breschnew hat den herrschenden (russischen) „Eliten“ bzw. Bürokratien eine noch nie gekannte Ruhe und Sicherheit beschert – wenn auch auf Kosten des nach-

drängenden Nachwuchses – und dem Volk einen zwar bescheidenen, aber bis vor kurzem doch langsam ansteigenden Lebensstandard. Es ist eine Art von autoritärem Wohlfahrtsstaat entstanden, wie er in der russischen politischen Kultur nicht ohne Legitimität ist. Und vor allem ist die Sowjetunion fast schon zur „gleichberechtigten“ Weltmacht mit den USA aufgestiegen. Darüber würden die Herrschenden gern hinnehmen, daß das ursprüngliche Versprechen der Ideologie ein System, das sowohl humaner als auch effizienter als der „Kapitalismus“ ist – lieber vergessen wird. Auf dem letzten Parteitag kündigte Breschnew ein neues Parteiprogramm an, dessen Hauptzweck sein dürfte, Chruschtschows Zeitplan zum Ein- und Überholen Amerikas endlich auf den „Abfallhaufen der Geschichte“ zu befördern. Im Vergleich zu den fortgeschrittensten Industrienationen sind entscheidende Bereiche der zivilen Wirtschaft (relativ) so rückständig wie je.

Das muß aber für sich noch nicht politisch destabilisierend wirken. Eine von der Außenwelt immer noch weitgehend abgeschirmte Bevölkerung, die man die erheblichen, gestaffelten Privilegien des Establishments möglichst nicht sehen läßt, vergleicht ihr Leben von heute vor allem mit ihrer eigenen Lage von gestern. Doch in den achtziger Jahren treffen *eine ganze Reihe problematischer Entwicklungen* zusammen, die womöglich doch zur Krise führen könnten. Das gilt um so mehr, als offenbar ein beschleunigter Rüstungswettlauf mit einem jetzt ernstlich aufgebrachten Amerika bevorsteht. Laut CIA-Schätzung von 1976 entfallen bereits 11 bis 13% des sowjetischen Brutto-sozialproduktes auf die Rüstung; das ist mehr als die doppelte Belastung für die Wirtschaft als in Amerika. Mit nur noch etwa zwei Prozent im Jahr wird das Wirtschaftswachstum in diesem Jahrzehnt ein historisches Tief erreichen.

Die Arbeiterschaft – neue Sorge des Regimes?

Angesichts der sicherheitspolitischen Situation und zahlreicher Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sind *politische Konflikte über die wirklichen Prioritäten* bereits vorprogrammiert. Ohne erhebliche Investitionen auch in die zivile Technologie ist die in Anbetracht des neuen Arbeitskräfteproblems und der Ressourcenverknappungen (man rechnet mit einer sowjetischen Energiekrise bis 1985–90) nötige Intensivierung der Wirtschaftsmethoden schwerlich denkbar. Doch die dafür nötigen Investitionen sind unter Breschnew im Interesse der Aufrüstung bei momentaner Schonung des Verbrauchers sogar noch gekürzt worden. Allerdings hat sich der Parteichef persönlich für die *Landwirtschaft* stark gemacht. Ein Drittel aller staatlichen Investitionen sind inzwischen in diesen Bereich gesteckt worden. Obgleich damit die sowjetische Landwirtschaft zur höchst subventionierten der Welt geworden ist, vermag die einstige Kornkammer Rußland heute offenbar nicht einmal mehr das eigene

Volk zu ernähren, wie drei schlechte Ernten hintereinander zeigen.

Klar ist jedenfalls, daß die alte stalinistische Strategie, Engpässe zu Lasten des Verbrauchers auszugleichen, nur noch um den Preis wachsender sozialer, ökonomischer und politischer Kosten durchführbar ist. Die *bedenkliche demographische Entwicklung*, die die Slaven in absehbarer Zeit zur Minderheit in ihrem Vielvölkerstaat zu machen droht, ist neben den allgemeinen Folgen der Urbanisierung nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, daß die Frauen weitestgehend in den Produktionsprozeß eingespannt sind, es an Wohnungen, Kindergärten, Dienstleistungen usw. mangelt. Ohne die entsprechenden materiellen Anreize und ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Warenangebot ist die nötige *„Anhebung der Arbeitsmotivation und -disziplin“* kaum zu erzielen.

Schließlich kann die Führung politisch nicht länger auf die schier grenzenlose Leidenschaftlichkeit und die politische Apathie des bäuerlichen Rußland von ehedem bauen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jugendlich, hat also den Stalinschen Terror nicht mehr erlebt, und sie ist viel informierter. Diese Menschen könnten rebellisch werden, sehen sie sich in ihren Lebenserwartungen allzu sehr durchkreuzt, nicht zu sprechen von der offenen Frage der andauernden Loyalität der Nationalitäten und Osteuropas. Auf dem November-Plenum 1978 soll Breschnew angesichts der Versorgungsprobleme rundheraus vor möglichen sozialen Unruhen gewarnt haben. In den letzten Jahren mehren sich *Nachrichten von Streiks und Protesten* gegen Versorgungsengpässe. 1978 wurden die ersten Versuche unternommen, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. In den achtziger Jahren könnte die *Kontrolle der Arbeiterschaft* zur neuen Sorge des Regimes werden.

Mit ihrer offensiven Politik in der Dritten Welt und vor allem dem Afghanistan-Abenteuer von 1979 hat die Sowjetunion unbeabsichtigt den durch Vietnam verlorenen außenpolitischen Konsens in Amerika – einstweilen – wiederhergestellt. Sie hat die Amerikaner gelehrt, daß der Ost-West-Konflikt weiterhin zentral bleibt und daß militärische Macht zählt. Nun aber fürchtet sie die Geister, die sie wachgerufen hat. Marschall *Kulikow* warnt vor den „märchenhaften Mitteln“ des Pentagon. Verteidigungsminister *Ustinow* erklärt, die USA wollten das sowjetische System auf die Probe stellen. Der „Imperialismus“, so heißt es, wolle seine Positionen zurückgewinnen, den „heilsamen“ Einfluß des sozialistischen Lagers auf die Weltpolitik eindämmen, ja er plane womöglich bereits den Präventivkrieg.

Kurz- und längerfristige Gefahren

Sowjetische Konservative rufen nach dem *Regime der belagerten Festung*, dem „einen Heerlager“, im Grunde also nach jener Systemstrategie, der die Hauptmachtapparate einmal ihre raison d'être verdanken und die sie offenbar allein effektiv wahrzunehmen imstande sind. Sieht man von dem sich womöglich vergrößernden Risiko des gro-

ßen Konflikts einmal ab – das Sowjetregime hat noch nie seine Existenz bewußt aufs Spiel gesetzt –, so ist zu bedenken, daß eben mit diesen konservativen Methoden das System bereits beim Tode Stalins in eine Sackgasse zu geraten drohte. Zum Teil steht dahinter wohl der sowjetische „Wahlkampf“, der politische Wettbewerb um maximale bürokratische Unterstützung.

Doch wie kann es weitergehen? Wird sich das Regime in einen wiederauflebenden russischen Nationalismus zurückziehen, wie Solschenizyn empfahl? Aber das Ziel der politischen „Gleichberechtigung“ mit dem Westen – die das System bei seiner wirtschaftlichen Schwäche und nachlassenden ideologisch-politischen Ausstrahlung nur militärisch begründen kann – ist das Leitmotiv des russischen Staates schlechthin gewesen, und keine Führung wird sich leisten können, es einfach aufzugeben. Das könnte sogar zu einem Coup des Militärs führen. Also bleibt die „Flucht nach vorn“, in militärische Abenteuer, wie sie Chruschtschow 1962 mit seinem kubanischen Raketen-Poker unternahm? Dieser Stil entspricht am wenigsten der Mentalität der Berufspolitiker des Breschnew-schen Politbüros; aber neue Männer könnten anders denken, zumal wenn sie nicht mehr von dem entscheidenden Erlebnis des Zweiten Weltkriegs geprägt sein werden. Schließlich bleibt der Versuch wirklicher liberalisierender großer Reformen, der zugleich einer *neuen Entspannungspolitik* den Weg ebnen könnte. Doch hierfür fehlt es weitgehend an den *institutionellen Voraussetzungen*: Die Macht liegt bei den konservativen, mit der Sicherheit befaßten Apparaten von Partei, Militär, Polizei. Die Erfahrung in Osteuropa zeigt, daß solche Reformen auf quasi-revolutionärem Wege von einer starken Führung im Bunde mit der Öffentlichkeit unternommen werden muß-

ten – eine Öffentlichkeit, die es in der Sowjetunion, ohne autonome Artikulierung von Interessen, geschweige denn autonome Organisationen, allenfalls erst im Ansatz gibt. Wird überhaupt der Apparat solche Führer aufsteigen lassen? Und was würde dann aus dem Sowjetimperium?

Die *unmittelbare Hauptgefahr* scheint daher zu sein, daß neue, unerfahrenere Führer, die aber noch chauvinistischer sein könnten, den vermeintlich dekadenten Westen falsch einschätzen und Fehlentscheidungen treffen. Die Aufrechterhaltung des Dialogs – eben als eine Art wechselseitigen Schulungsprozesses – scheint insofern die einzige Rückversicherung gegen ein Fiasko zu sein. Denn so wenig sowjetische Führer, geschult im Denken des „kto – kogo“ („wer besiegt wen?“), in westlicher Konzilianz eine Tugend sehen, so wenig darf der Westen vergessen, daß eine Führung zu politischen Abenteuern Zuflucht nehmen könnte, eben weil sie sich „an die Wand gedrängt“ fühlt. *Längerfristig* scheint daher die Herausforderung an die westliche Politik tatsächlich darin zu bestehen (wie es der Planungsstab des Auswärtigen Amtes formulierte), „to manage the decline of the Soviet Empire“.

Astrid von Borcke

Literaturhinweis:

Eine ausgezeichnete Untersuchung über die Entwicklung des Sowjetsystems in seiner Beziehung zur Gesellschaft bietet *Hélène Carrère d'Encausse, Le pouvoir confisqué. Gouvernants et gouvernés en U.R.S.S.* Flammarion, Paris 1980.

Michael S. Voslensky, Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Verlag Fritz Molden, Wien 1980, ist ein aufschlußreicher „Insider“-Bericht.

Zum praktisch-politischen Erklärungswert verschiedener westlicher Ansätze und „Modelle“ zur Deutung der sowjetischen Politik vgl. *Astrid von Borcke/Gerhard Simon, Neue Wege der Sowjetunion-Forschung, Nomos, Baden-Baden 1980.*

Interview

Ist Gott gesellschaftlich Randphänomen?

Ein Gespräch mit Nikolaus Lobkowicz

Unsere Gesellschaften sind weltanschaulich plural und verstehen sich säkular. Es gibt nicht nur die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen, sondern der Gottesglaube selbst ist in ihnen nichts Selbstverständliches. Gott ist vor allem öffentlich kein Mittelpunkt. Was das für das religiöse Klima und den Glauben des einzelnen bedeutet, war Gegenstand eines Gesprächs mit Nikolaus Lobkowicz. Lobkowicz – von 1972 bis 1982 Präsident der Universität München und bekannter Hegel- und Marxforscher – ist Professor für politische Philosophie am Geschwister-Scholl-Institut in München. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Professor Lobkowicz, von einem zeitgenössischen italienischen Religionsphänomenologen stammt das Wort, Gott führe in unseren sprachlichen und sonstigen Lebensäußerungen nur noch eine „semantische Randexistenz“. Kann das etwas anderes heißen, als daß Gott in unserer Lebenswelt, jedenfalls in den unsere Gesellschaft bestimmenden Lebensprozessen so gut wie gar nicht vorkommt?

Lobkowicz: Ich weiß nicht recht, was das heißen soll, Gott komme in den gesellschaftlichen Lebensprozessen so